

UNESCO verabschiedet erste internationale Rahmenkonzepte zu offener Wissenschaft und zur Ethik der Künstlichen Intelligenz

26.11.2021 | Berichterstattung weltweit

Zwischen dem 9. und 24. November haben Delegationen der 193 UNESCO-Mitgliedstaaten auf der 41. UNESCO-Generalkonferenz über die Arbeit der Weltorganisation beraten. Das wichtigste Entscheidungsgremium der UNESCO verabschiedete in dieser Zeit unter anderem Empfehlungen zu ethischen Fragen Künstlicher Intelligenz (KI) und zu offener Wissenschaft (Open Science).

Mit der KI-Empfehlung gibt sich die Staatengemeinschaft erstmals einen gemeinsamen Rahmen für die politische Gestaltung und Regulierung Künstlicher Intelligenz. Der UNESCO-Text regt Neuerungen in über zehn Politikfeldern wie Bildung, Forschung und internationaler Zusammenarbeit an. So haben sich die Staaten darauf geeinigt, eine Ethik-Folgenabschätzung für KI-Systeme zu entwickeln und diese Systeme nicht in der Massenüberwachung einzusetzen.

Die Generalkonferenz verabschiedete außerdem internationale Standards im Bereich Open Science. Ziel ist es, einen möglichst freien Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen sicherzustellen. Durch Ansätze wie Open Access, Open Data und Open Source sollen Bezahlschranken fallen. Zudem soll Wissenschaft als globales Gemeingut gestärkt werden, etwa durch die Öffnung zur Gesellschaft mittels Citizen-Science-Projekten.

Als Teil der Generalkonferenz fand in diesem Jahr das Weltbildungstreffen statt. Es soll sicherstellen, dass die Bildungsziele der Vereinten Nationen erreicht werden und bis 2030 alle Menschen Zugang zu inklusiver, chancengerechter und hochwertiger Bildung haben. Vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie und der Rückschläge für die Bildung weltweit wurde die [Pariser Erklärung](#) mit dem Ruf nach mehr Investitionen in den Bildungsbereich verabschiedet. Gleichzeitig gab das Treffen den Startschuss für einen neuen Koordinierungsmechanismus, mit dem die internationale Zusammenarbeit in der Bildung und Bildungsfinanzierung künftig besser abgestimmt werden soll.

Außerdem legte die UNESCO die Kurzfassung ihres [Weltberichts zu Meinungsfreiheit und Medienentwicklung](#) vor. Darin warnt sie vor einer zunehmenden Einschränkung der Pressefreiheit. Zwar hätten immer mehr Menschen Zugang zu Informationen, doch sei die wachsende Verbreitung von Desinformation und Hetze besorgniserregend. Dem Bericht zufolge sind Journalistinnen und Journalisten in immer mehr Ländern verbalen Attacken und körperlicher Gewalt ausgesetzt.

Die Generalkonferenz bestätigte darüber hinaus Audrey Azoulay für vier weitere Jahre im Amt der UNESCO-Generaldirektorin. Die Französin wurde einstimmig gewählt. Sie leitet die Organisation seit 2017. Deutschland kandidierte in diesem Jahr erfolgreich für einen Sitz im Rat des Internationalen Bildungsbüros in Genf sowie des UNESCO-Programms „Der Mensch und die Biosphäre“. Die Bundesrepublik gehört den beiden Gremien damit bis 2025 an.

Hintergrund

Die Generalkonferenz ist das wichtigste Entscheidungsgremium der UNESCO. Sie tritt alle zwei Jahre in Paris zusammen und beschließt den Haushalt sowie das Arbeitsprogramm der Weltorganisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Aufsichtsorgan zwischen den Generalkonferenzen ist der Exekutivrat, der sich aus 58 Mitgliedstaaten zusammensetzt. Der Exekutivrat schlägt der Generalkonferenz unter anderem die Generaldirektorin oder den Generaldirektor vor, der oder die für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt wird. Der UNESCO gehören 193 Staaten an.

Zum Nachlesen

- UNESCO (25.11.2021): [UNESCO member states adopt the first ever global agreement on the Ethics of Artificial Intelligence](#)
- UNESCO (26.11.2021): [UNESCO sets ambitious international standards for open science](#)

Quelle: Deutsche UNESCO-Kommission

Redaktion: 26.11.2021 von Anna März, VDI Technologiezentrum GmbH

Länder / Organisationen: UNESCO

Themen: Bildung und Hochschulen, Ethik, Recht, Gesellschaft, Information u. Kommunikation, Strategie und Rahmenbedingungen

[Zurück](#)

Weitere Informationen

